

rialismus die 1984 eingeleitete Politik der nationalen Aussöhnung preisgegeben und das Waffenstillstandsabkommen gebrochen. Unter Berufung auf die US-amerikanische Doktrin der „inneren Sicherheit“ ist die Armee bestrebt, die Partisanenbewegung militärisch zu zerschlagen. Hinzu kommen die Aktionen von etwa 140 paramilitärischen Kommandos und Todesschwadronen zur physischen Liquidierung der führenden Funktionäre der KKP, der UP und anderer demokratischer Organisationen. All das habe den Charakter eines „schmutzigen Krieges“ gegen die Volksbewegung angenommen. In den bewaffneten Auseinandersetzungen starben nach Angaben kolumbianischer Menschenrechtsorganisationen allein 1988 über 3 000 Menschen. Dem Terror der Reaktion fielen bis heute mehr als 750 Funktionäre der kolumbianischen Bruderpartei und der Patriotischen Union zum Opfer. Darunter befindet sich auch

Jaime Pardo Leal, Mitglied des ZK der KKP und Vorsitzender der UP. Jüngste prominente Opfer sind die Mitglieder des Exekutivkomitees des ZK der KKP, Teofilo Forero und Jose Antequera.

Trotz der schmerzlichen Verluste der Volkskräfte ist es der Reaktion nicht gelungen, die Tätigkeit der KKP und der UP zu paralysieren und die Volksbewegung zurückzudrängen.

Die kolumbianischen Kommunisten betrachten es unter den gegenwärtigen Bedingungen als ihre Hauptaufgabe, konstruktiv zur politischen Lösung des inneren Konfliktes beizutragen. Die tiefe gesellschaftliche Krise könne nach Meinung der Partei nicht militärisch überwunden werden. Der einzige Ausweg sei ein Dialog zwischen Regierung, politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und den Partisanenbewegungen, um durch Verhandlungen und Kompromisse zu einer politischen Lösung zu gelangen.

Nationale Aussöhnung und soziale Reformen nötig

Der Parteitag beschloß einen 7-Punkte-Friedensplan, der an die Regierung, an alle Parteien und Organisationen, an die Katholische Kirche und die Partisanenverbände gerichtet ist. Die Hauptgedanken dieser Friedensinitiative sind:

1. Feuereinstellung zwischen den Streitkräften und den Partisanen.
2. Beginn eines direkten Dialogs zwischen Regierung und dem Koordinierungszentrum der Partisanenverbände.
3. Verhandlungen auf regionaler Ebene zwischen den staatlichen Institutionen, den politischen und gesellschaftlichen Organisationen und den Partisanenverbänden.
4. Untersuchung der Terrorakte der paramilitärischen Banden durch die Justizorgane.
5. Aufhebung der Ausnahmegesetze.
6. Respektierung der internatio-

nenal Menschenrechtskonvention durch die kolumbianischen Behörden.

7. Beginn von Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer nationalen Aussöhnung und der legalen Teilnahme der Partisanen am politischen Leben ihres Heimatlandes.

Das Ergebnis des Dialogs und der Verhandlungen könne nach Auffassung der Kommunisten die Bildung einer nationalen Regierung der breiten demokratischen Übereinkunft sein. Die Auflösung der paramilitärischen Banden, das entschiedene Vorgehen gegen die Drogenmafia, deren dunkle Geschäfte die Hauptfinanzierungsquelle der Militarisierung des Landes sind, und die Beendigung des „schmutzigen Krieges“ seien die Voraussetzungen für die Inangriffnahme aller anderen Probleme der kolumbianischen Gesellschaft. Dazu gehören dringend erforderliche soziale Refor-

men zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen.

Kolumbien gehört zu den wenigen Ländern in Lateinamerika, die seit 1984 eine günstige konjunkturelle Entwicklung mit jährlichen Wachstumsraten von 4 bis 5 Prozent aufzuweisen haben. Im Widerspruch dazu steht die fortschreitende Verelendung der Bevölkerung. Bereits heute leben etwa 45 Prozent insbesondere der ländlichen Bewohner in absoluter Armut. Die Kluft zwischen relativ stabiler wirtschaftlicher Lage und sozialer Not des kolumbianischen Volkes sei nach Einschätzung der KKP größer geworden. Sie sei der Nährboden für den inneren Konflikt.

Der 15. Parteitag der KKP schätzte die Entwicklung der Partei als Vorhut der kolumbianischen Arbeiterklasse kritisch ein. Sie müsse sich in ihrem Wirken auf die neuen Bedingungen einstellen, die durch die schnelle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entstanden sind. Der wiedergewählte Generalsekretär des ZK, Gilberto Vieira, bezeichnete in diesem Zusammenhang die entschiedene Erhöhung des Einflusses der Partei unter der Arbeiterklasse und die Stärkung ihrer Kampfkraft als vordringliche Aufgaben. Die Partei werde auch künftig die Werktätigen für den politischen Massenkampf mobilisieren.

Zugleich betonte der Parteitag, daß die KKP bei Fortsetzung der Politik des Staatsterrorismus die Anwendung bewaffneter Mittel zur Verteidigung gegen Terror und Gewalt der Reaktion als notwendig erachte.

Die auf dem 15. Parteitag der KKP anwesenden ausländischen Delegationen, darunter eine Abordnung des ZK der SED, bekräftigten die internationalistische Verbundenheit und Solidarität ihrer Parteien mit den Kommunisten und allen demokratischen Kräften Kolumbiens in ihrem aufopferungsvollen Kampf für Frieden, Demokratie und Menschenwürde.